

Kein Plan B für Rekommunalisierung

Komplett gescheitert ist die Stadt Celle mit ihrem Ansinnen, mehr Einfluss auf die lokale Energiepolitik zu bekommen. Am Ende des Konzessionsverfahrens bleibt die Stromversorgung Osthannover (SVO) der Grundversorger für Strom und Gas. Und vielleicht noch ärgerlicher: Die Stadt tauscht ihre e.on-Aktien gegen SVO-Anteile, ohne bei dem Unternehmen auch nur einen Funken Einfluss zu gewinnen. Zwar sind die Stadt Celle und die Landkreisgemeinden jetzt Anteilseigner, der e.on-Konzern behält aber die Mehrheit von 50,1 %.

Politik und Verwaltungsspitze wollten vor zwei Jahren einen Neuanfang, nachdem der ehemalige Oberstadtdirektor Martin Biermann die Stadtwerke 1999 an den e.on-Konzern verschertelt hatte. Die Neuvergabe der Konzession für Strom und Gas sollte die »Rekommunalisierung in Eigenständigkeit« oder »Rekommunalisierung mit einem kommunal orientierten Partner« bringen. Was jetzt herausgekommen ist, nämlich die »markante SVO-Beteiligung« war eine Handlungsoption unter ferner liefen. Dass es jetzt genau so gekommen ist, muss auch den handelnden Akteuren zugerechnet werden: Sie hatten schlicht und einfach keinen »Plan B«.

Wahrscheinlich ging man davon aus, ein hinreichend attraktives Versorgungsgebiet zu sein, um tatsächlich Konkurrenz zur SVO auf den Platz zu bekommen. Doch dem war nicht so. In der ersten Runde gingen nur Angebote ein von: Alliander AG (ein niederländisches Unternehmen im Besitz der Kommunen), SVO Energie GmbH, BS Energy (Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG) und der Stadtwerke Celle

GmbH – später noch Stadtwerke Uelzen GmbH. Die Alliander AG war schnell draußen. Und auch die Stadtwerke Celle, die zur Zeit als Geschäftsfelder ja auch nur Wasser, Bäder und Parkbetriebe haben. Dass die Stadt Celle mit ihrer Eigengesellschaft, in deren Aufsichtsrat immerhin mit Joachim Schulze (SPD) als Aufsichtsratsvorsitzender, OB Mende (SPD), Gevers (CDU) und Falkenhagen (FDP) politische »Schwerwichte« sitzen, kein ernstzunehmendes Angebot abgegeben hat, sollte der Öffentlichkeit wenigstens mal erklärt werden. – Am Ende der Verhandlungsrunden stand jedenfalls einzig noch die SVO da.

Dass damit die SVO die Konzession bekommen muss, ist klar. Dies ist aber jedoch kein Grund, mit gut 30 Millionen Euro auch noch Anteilseigner der SVO zu werden. Dieser »Deal« (CZ) hat den einzigen Vorteil, dass die Stadt damit einen Großteil ihrer börsennotierten e.on-Aktien los ist. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, wie viele Millionen die Stadt so seit dem Börsencrash 2008 verloren hat. (Man hatte Geld für eine »China-Beauftragte«, aber offensichtlich niemanden, die/der sich ernsthaft um das Aktienvermögen der Stadt kümmerte.) Der Nachteil dürfte sein, dass man die Aktien jetzt »getauscht« hat, als die e.on-Börsennotierung in einem historischen Keller war.

Eins hat man dabei völlig auch den Augen verloren. Ein Zweck der angestrebten Rekommunalisierung sollte sein, *„die ökologische Entwicklung der Kommune bezüglich aller energieverbrauchenden Zielgruppen aktiv zu unterstützen und lokale/regionale Primär- und Sekundärenergiequellen in ein kommunales Versorgungskonzept zu integrieren“*. Davon ist jetzt nichts geblieben. Dies ist der Fantasielosigkeit der Akteure zuzuschreiben – und dies gilt auch für die Fraktionen der Bündnisgrünen und Die Linke/BSG, die am Ende nur dagegen stimmen konnten, aber keine Alternative zu bieten hatten. Was hätte diese Alternative sein können? Der Ausbau der Stadtwerke Celle GmbH zu einer Energie- und Klimaschutzagentur unter Einbringung des e.on-Aktienvermögens.

Dieser Weg ist anscheinend nicht einmal ernsthaft geprüft worden. Was auch damit zu tun hat, dass das ganze Verfahren letztlich hinter verschlossenen Türen ablief. Immer, wenn es ans Eingemachte geht, ist die hehre Rede von der Bürgerbeteiligung nicht mehr als eine Phrase. Selbstverständlich erlaubt die bestehende Eigentumsordnung keine öffentliche Diskussion über den konkreten Vergabevollzug. Aber: Sie hindert nicht daran, mit Bürgerinnen und Bürgern über die Ziele zu reden und sie einzubinden in einen Entscheidungsprozess, der vielleicht zur Realisierung eines »Plan B« hätte führen können. Diese Chance ist jetzt wieder auf längere Sicht verbaut.

